

## START-UP-FINANZIERUNG

## Stiftungsmilliarden bleiben ungenutzt

Banken werden künftig immer seltener Start ups finanzieren. In Stiftungen schlummern in Österreich bis zu 100 Milliarden €. Doch es gelangt kaum Geld zu Jungunternehmern.

WIEN. Bank-Austria-Chef Willibald Cernko malt anlässlich einer Enquete der Unicredit-Tochter ein düsteres Bild, was künftig die Gründung von Unternehmen betrifft: „Basel III setzt enge Grenzen für die Start-up-Finanzierung. Banken ist das künftig nicht mehr möglich.“

Kredite für Start ups – vor allem, wenn vor einer Produkteinführung noch Forschung nötig ist – sind riskant. Daher seien den Banken die Hände gebunden. Folglich blühen alternative Modelle wie Crowdfunding zur Unternehmensfinanzierung, so Cernko.

Allerdings: Es gibt in Österreich genug Geld. Nämlich in Stiftungen. „Rund 3300 Stiftungen in Österreich verfügen über geschätzte 70 bis 100 Milliarden € Vermögen“, sagt BA-Private-Banking-Vorstand Robert Zadrazil. Nur ein halbes Prozent (350 Millionen €) von dem Geld würde der heimischen Wirtschaft via Start-up-Finanzierung einen deutlichen Schub verpassen.

Die Lösung wäre daher einfach: Geld hier, neue Unternehmen und Innovation da – man müsste nur beide Sphären zusammenbringen. Dazwischen stehen allerdings rechtliche Schranken, erklärt Zadrazil: Denn einerseits existieren keine steuerliche Anreize, um Stiftungsvorstände zu animieren, Geld in forschende Start-ups zu stecken. Und: Meist dürfen sie das gar nicht.

Die Wiener Kanzlei Wilhelm-Müller etwa hat sich auf das Thema Stiftungsrecht spezialisiert. Zwar stünde prinzipiell laut Anwalt Martin Melzer nichts entgegen, dass Stiftungen in Start-ups Geld investieren. Aber: Das muss in der Stiftungsurkunde so vorgesehen worden sein.



Ein neues Gesetz soll die **Finanzierung** etwa von gemeinnützigen Projekten und forschenden Start-ups erleichtern. Derzeit ist die Situation desaströs

Falls der Stifter dies nicht getan hat, ist die Gefahr groß, dass der Stiftungsvorstand haftbar wird, falls er Geld in junge Unternehmen steckt – vor allem, weil die meisten Stiftungsurkunden einen unbedingten Werterhalt vorschreiben und Investments in gerade entstehende Unternehmen eben riskant sein können. Laut Melzer könnte bestenfalls im Einzelfall die Bestellung von Sicherheiten ein verbotenes zu einem gerade noch zulässiges Investment machen.

Es bestehe somit legislativer Handlungsbedarf. Das Finanzministerium kommentiert einzelne Steuervorschläge derzeit nicht.

Während in anderen Ländern die Finanzierung von Forschung und Start-ups Usus ist (*Bill Gates etwa widmete dem Thema etliche Milliarden US-\$, Anm.*), ist diese Kultur in Österreich laut Markus Müller, Vizerektor

für Forschung an der Medizinischen Uni Wien, kaum ausgeprägt. Lediglich Unternehmer wie Frank Stronach oder Hannes Androsch hätten sich mit dem Thema auseinandergesetzt.

#### Jung, innovativ, teuer

Für Stiftungen ist die wichtigste Frage, in wen sie investieren – und sie dürfen dabei nicht verschreckt sein: Denn es sind meist junge, gut ausgebildete Menschen, die mit guten Ideen erfolgreich sein könnten. Müller verweist hier darauf, dass der Großteil der Nobelpreisträger ihre Entdeckungen in einem Alter von unter 35 Jahren gemacht haben. Dennoch: Auch internationale Spitzenforscher wollen gute – meist mehrjährige – Arbeitsverträge: Und damit beginne das Kostenrisiko bei der Start-up-Finanzierung.

OLIVER JAINDL  
oliver.jaindl@wirtschaftsblatt.at



„**Basel III setzt enge Grenzen für die Start-up-Finanzierung. Banken ist das künftig nicht mehr möglich**“

WILLIBALD CERDKO  
CEO BANK AUSTRIA

### Praxis. Androsch: „Würde keine Stiftung mehr gründen“

Nur 55 bis 60 Stiftungen in Österreich beschäftigen sich mit Forschung. Eine davon war die Stiftung an der Akademie der Wissenschaften von Ex-Finanzminister Hannes Androsch.

Androsch geht mit der Gesetzeslage in Österreich hart ins Gericht: „Ich würde keine Stiftung mehr gründen.“ Die Regierungen hätten seit 2000 das Stiftungsrecht sukzessive verschlechtert, viel Vermögen sei ins Ausland abgewandert. Androsch wollte mit seiner gemeinnützigen Stiftung etwa Forscher auszeichnen und schrieb internationale Preise aus. Wegen der „Kleinkariertheit“ des Fiskus, so Androsch zum Wirtschafts-

Blatt, sei seiner Stiftung der Gemeinnützigkeitsstatus aberkannt worden: „Da darf man sich nicht wundern, wenn in Österreich niemand etwas spendet.“ Vor wenigen Jahren legte Androsch daher seine gemeinnützige Stiftung still.

#### Neues Gesetz

Wissenschaftsstaatssekretär Harald Mahrer (VP) will jedenfalls ein Gesetz, das eine neue Kultur gemeinnütziger Stiftungen ermöglicht. Zum Vergleich: Während in Deutschland Stiftungen 15 Milliarden € und in der Schweiz 1,2 Milliarden € für gemeinnützige Zwecke ausschütten, sind es in Österreich laut WU 6,5 bis 15 Millionen €. (jai)

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

## Bonus-Malus kann sich am Altersschnitt orientieren



ÖGB-Chef **Erich Foglar**: „ÖIAG als neuer Eckpfeiler“

WIEN. Die aktuelle Konjunkturschwäche komme aus der EU, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar im Klub der Wirtschaftspublizisten, trotzdem müsse man „massiv Einfluss auf die österreichische Wirtschaftspolitik“ ausüben. Es gehe nicht, dass das Land in Europa „als Wachstumszwerg, aber Arbeitslosenkaiser“ gelte. Immerhin gebe es „jede Menge Geld, jede Menge neue Arbeit und noch mehr Arbeitslose“. Es gehe nun darum, „das billige Geld möglichst schnell in den Markt zu bringen“. Solange private Investitionen nicht anspringen,

müsse der Staat einspringen. Aus diesem Grund begrüßt der Chef des Gewerkschaftsbundes auch die Entscheidung der Regierung, sich der ÖIAG „ernsthaft widmen zu wollen“. So könnte die Staatsholding „ein sinnvoller Eckpfeiler der österreichischen Industrie- und Energiepolitik“ sein. Dazu sei allerdings ein Umbau notwendig, zu dem als letzter Schritt auch ein verstärktes Interesse des Staates an Vorstand und Aufsichtsrat gehöre. „Außerdem muss die ÖIAG die Möglichkeit haben, Beteiligungen an Firmen zu erwerben“, so Foglar. Auf diese

Weise könne man auch verhindern, dass Unternehmen wie die Telekom „mit massiver Bedeutung für die österreichische Wirtschaft und Sicherheitslage unter mexikanischen Einfluss“ geraten.

#### Notwendige Schraube

Auch eine Bonus-Malus-Regelung für Unternehmen im Umgang mit älteren Mitarbeitern hält der Arbeitnehmervertreter bei der Lösung der Pensionsfrage für unumgänglich. Für Foglar ist die Einführung „eine der notwendigen Schrauben, wir brauchen aber hunderte davon“. Die derzeit laufenden

Gespräche der Sozialpartner würden jedenfalls „keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Regelung nicht kommt“. Diskutiert werde vornehmlich das Wie. Während die Gegenseite eine Altersgrenze bevorzuge, setzen die Arbeitnehmervertreter auf den Altersdurchschnitt der jeweiligen Branche: „Wer unter diesen Schnitt fällt, fällt ins Malus. Wer darüber beschäftigt, einen Bonus.“

Weiterhin offen bleibt indes die Frage der Gegenfinanzierung des von ÖGB/AK vorgestellten Entlastungspakets von 5,9 Milliarden €. „Das Geld ist aufzu-

treiben, das Problem ist die Fristigkeit“, so Foglar. Doch auch das lasse sich lösen, finanziere sich doch ein Teil der Steuersenkung selbst. „Wenn WKÖ-Präsident Christoph Leitl sagt, drei Prozent sind überall drinnen, bekommen wir aus dem Finanzausgleich im Umfang von 33 Milliarden eine Milliarde € heraus.“

Die Industriellenvereinigung reagiert auf den neuerlichen Vorstoß indes mit Ablehnung. Das ÖGB/AK-Konzept sei „ein erfreulicher Ansatz, im Interesse des Wirtschaftsstandorts aber nicht ausreichend“. (iw)